

Das neoliberale Flaggschiff hält Kurs

Dossier zur Amtszeit von Horst Köhler
als Geschäftsführender Direktor des
Internationalen Währungsfonds
2000 bis 2004



weed

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung

Autor: Simon Wolf

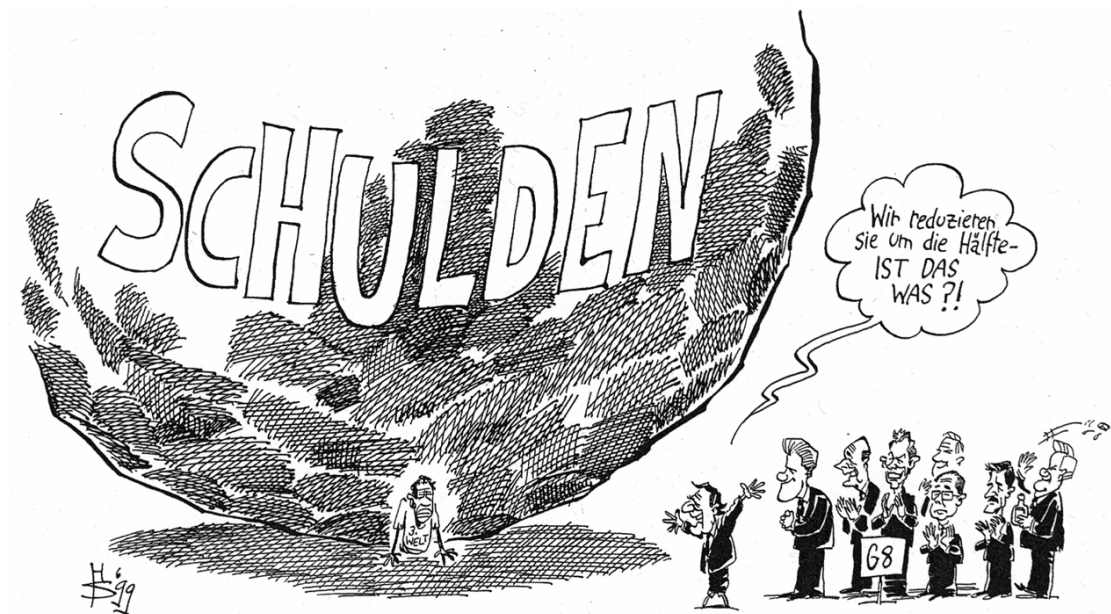
April 2004

Der IWF unter Horst Köhler: Das neoliberale Flaggschiff hält Kurs

„Horst Köhler ist als international erfahrener Finanzfachmann in Zeiten der Globalisierung ein guter Kandidat“, findet der saarländische Ministerpräsident Peter Müller anlässlich der Nominierung Köhlers als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. Auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt meint: „Der Köhler, wenn er Bundespräsident wird, hat allein mehr ökonomischen Verstand als die ganze deutsche politische Klasse zusammen.“

Dass sich Köhler in der Welt der internationalen Finanzen auskennt, steht außer Frage. Die Lobreden unterschlagen aber, dass er sein Wissen vier Jahre einer Organisation zur Verfügung gestellt hat, die alles andere als neutral die Geschicke der internationalen Finanzbeziehungen steuert.

Der IWF ist ein Machtinstrument, mit dem die reichen Staaten ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen und ihre wirtschaftlichen Interessen in den Entwicklungsländern durchsetzen – unter dem Vorwand, deren nachholende Entwicklung zu fördern. Seit Jahren steht der IWF dafür in der Kritik, vor allem wegen seiner neoliberalen Politik, die den Rückzug des Staates und möglichst viel Freiheit für die Märkte fordert und fördert. An dieser Politik hat sich auch in Köhlers Amtszeit nicht viel geändert. Bei den Aufgaben, die Köhler dem IWF auf die Fahnen geschrieben hat – darunter vor allem der Kampf gegen die Armut und die Entschuldung überschuldeter Staaten – gab es hingegen keine Fortschritte. Das zeigen exemplarisch die Entwicklungen bei der HIPC-Entschuldungs-Initiative, den Strukturanpassungsmaßnahmen, beim Staateninsolvenzrecht und der Umgang mit der argentinischen Schuldenkrise.



HIPC-Entschuldungs-Initiative

“Wir müssen die Schuldenlast der ärmsten Mitgliedsstaaten weiter reduzieren. Die erweiterte HIPC-Initiative hat einen schnelleren und tieferen Schuldenerlass für die stark verschuldeten armen Länder ermöglicht, aber wir sind noch nicht am Ziel. Ich denke, wir sollten die vorhandenen Spielräume nutzen und die Hilfe noch aufstocken, wo dies angebracht ist.“

[Horst Köhler in Dubai, 23. September 2003]

Tatsächlich ist HIPC alles andere als ein Erfolg. Das Programm, mit dem den **Heavily Indebted Poor Countries**, also den schwer verschuldeten armen Länder, die Schulden bis auf ein tragfähiges Niveau erlassen werden sollte, hat bisher nur wenigen Staaten geholfen.

Erst auf massiven Druck aus der Zivilgesellschaft wurde die HIPC Initiative 1999 von Weltbank und IWF überhaupt auf 42 Kandidatenländer ausgeweitet (die weltweite Jubilee 2000 Kampagne hatte die Aufnahme von 52 Ländern gefordert). Nur 27 davon schafften die Qualifikation für die Teilnahme am Verfahren. Nur neun Länder haben bis heute tatsächlich einen Schuldenerlass erreicht.¹

Completion Point HIPC-Länder (9)	Decision Point HIPC-Länder (18)	Prä-Decision Point HIPC- Länder (7)	HIPC-Länder, die den Decision Point wahr- scheinlich nicht errei- chen werden (8)	Andere Länder (11)
Benin	Kamerun	Burundi	Angola	Bangladesch
Bolivien	Tschad	ZAR	Kenia	Kambodscha
Burkina Faso	Kongo	Elfenbeinküste	Lao PDR	Guinea
Guyana	Äthiopien	Komoren	Liberia	Haiti
Mali	Gambia	Kongo Rep	Somalia	Jamaika
Mauritanien	Ghana	Myanmar	Sudan	Marokko
Mosambik	Guinea	Togo	Vietnam	Nepal
Tansania	Guinea-Bissau		Jemen	Nigeria
Uganda	Honduras			Peru
	Madagaskar			Philippinen
	Malawi			Simbabwe
	Nicaragua			
	Niger			
	Ruanda			
	Sao Tome und Principe			
	Senegal			
	Sierra Leone			
	Sambia			

Übersicht über den aktuellen Stand von HIPC (Quelle: WEED Schuldenreport 2004)

Die geringe Erfolgsquote und die lange Dauer des Programms hängen damit zusammen, dass eine Schuldenreduktion nur gegen die Erfüllung von Auflagen zu haben ist. Mit den sog. Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) sollen die Länder selber und mit Beteiligung ihrer Zivilgesellschaft Vorschläge ausarbeiten, wie sie die Armut langfristig reduzieren wollen – das ist Teil der „ownership“-Politik² des IWF, um die betroffenen Staaten und die Bevölkerung stärker zu beteiligen.

¹ Wie HIPC funktioniert, ist ausführlich im WEED Schuldenreport 2003 nachzulesen. Einen Überblick über die aktuelle Situation gibt es im WEED Schuldenreport 2004, s. www.weed-online.org

² Ownership = Eigentümerschaft, Teilhabe

Die Analyse der Strategiepapiere zeigt aber, dass von Selbstständigkeit keine Rede sein kann. Weil letztlich Weltbank und IWF entscheiden, ob ein Programmvorschlag angemessen ist, richten die Länder ihre Vorhaben an deren Richtlinien aus. Von der vielgepriesenen *ownership* bleibt somit nur übrig, dass die Länder über die Reihenfolge von Deregulierungen und Privatisierungen mitentscheiden.

Denn wer zu diesen Standardprogrammen des IWF nicht bereit ist und seine Strategie an den Interessen der Bevölkerung ausrichten will, dem ergeht es so wie Sambia im Dezember 2002: Das Land hatte auf Druck des IWF bereits 260 von 280 staatlichen Unternehmen privatisiert. Als die staatliche Bank an der Reihe war, gab es starken Widerstand vor allem der Gewerkschaften. Die Regierung stoppte deshalb die Privatisierung. Die Reaktion des IWF kam prompt: Wenn die Regierung nicht unverzüglich fortfahre, brauche sie sich auf die zugesagte Schuldenreduktion von 1 Milliarde Dollar keine Hoffnung machen.

Auch wegen diesen harten Auflagen ist von den 1999 in Köln zugesagten 100 Milliarden Dollar Schuldenerlass bisher noch nicht mal ein Drittel erreicht. Nun soll das Programm auf Druck der reichen Staaten sogar zurück gefahren werden, bevor es substantielle Erfolge bringen konnte: Während schon die ursprüngliche Schuldentragfähigkeitsgrenze von 150 Prozent der Exporte sehr umstritten war, soll diese Grenze nun sogar auf 200 bis 250 Prozent angehoben werden. Ein großer Teil der Staaten, die sich gerade in dem langwierigen Entschuldungsprozess befinden, würde damit aus dem Programm herausfallen.

Strukturanpassung

Die Verschuldung von Staaten bietet ein Einfallstor für Strukturanpassungsmaßnahmen (Structural Adjustment Policies, SAP). Diese werden heute zwar teilweise unter neuem Namen durchgesetzt, um eine stärkere Beteiligung der betroffenen Staaten zu suggerieren – etwa mit den bereits erwähnten Poverty Reduction Strategy Papers innerhalb von HIPC. Die Rezepte sind aber noch immer die gleichen wie schon vor 20 Jahren.

Weil verschuldete Entwicklungsländer auf Kredite der Finanzinstitutionen angewiesen sind, müssen sie wirtschaftspolitische Vorgaben von IWF und Weltbank akzeptieren. Dabei schaut der Fonds gar nicht erst nach der Erkrankung der Volkswirtschaft, sondern verabreicht in hohen Dosen seine Standardmedizin: Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, Deregulierung der Märkte, Privatisierung von Staatsunternehmen und Konzentration auf Exportgüter. Der Staat soll sich möglichst weit aus der Wirtschaft zurückziehen und damit auch aus den sozialen Sicherungssystemen. Die Folgen sind verheerend, wie gerade wieder eine Studie festgestellt hat:

„Ein Faktor hat mehr als jeder andere den Volkswirtschaften geschadet, Armut und Ungleichheit verstärkt und viele Millionen Menschen hungrig gemacht. Es ist dieses Bündel von Maßnahmen, die man Strukturanpassung nennt. [...] Daraus ergibt sich die entscheidende Schlussfolgerung: wenn es irgendeine Hoffnung auf sinnvolle Entwicklung in den Ländern des Südens und für eine nachhaltige Reduzierung von Armut und Ungleichheit gibt, müssen die vom Westen inspirierte Doktrin der Strukturanpassung und die neoliberale Wirtschaftspolitik aufhören.“

[Structural Adjustment: The SAPRI Report, 2004]

- **Strukturanpassung führt zu Arbeitslosigkeit und Armut:**

„Meine Gesprächspartner in Afrika haben mir insbesondere bestätigt: Das neue Konzept zur Zusammenarbeit von IWF und Weltbank zur Unterstützung umfassender Länderstrategien zur Armutsbekämpfung beginnt Früchte zu tragen.“

[Horst Köhler in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag, 02. April 2001]

Weil der IWF oft die Märkte nicht einmal ausreichend analysiert, bevor er überall seine gleichen Patentrezepte durchsetzt, fallen den Anpassungsmaßnahmen auch wichtige soziale Sicherungsnetze zum Opfer.

Malawi etwa strich auf Druck des IWF in den vergangenen Jahren seine Subventionen und Unterstützungen stark zusammen und schaffte Preiskontrollen ab. Die Folge: Die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen, viele Arme können sich ihr Essen nicht mehr leisten. In Ghana setzte der IWF vor kurzem die Privatisierung der Wasserversorgung durch. War diese bis dahin ineffizient, aber durch Subventionen immerhin für alle erschwinglich, können sich nach Streichung der Subventionen viele Ghanaer das Wasser nicht mehr leisten.

- **Strukturanpassung schafft lukrative Monopole auf Kosten der Bevölkerung:**

Weil der IWF Privatisierungen für ein Allheilmittel hält, müssen Regierungen Anreize für die Übernahmen schaffen, wenn sich sonst kein Investor findet. Etwa im Energiesektor: Staatliche Unternehmen werden auf Kosten des Steuerzahlers modernisiert, in so genannten Power Purchase Agreements (PPA) garantiert die Regierung den Investoren die Abnahme der kompletten Energie-Produktion zum Festpreis – und das mit Laufzeiten von bis zu dreißig Jahren. So geschehen auf den Philippinen, wo der IWF 2001 gegen den Willen der Bevölkerung nicht nur ein Gesetz durchsetzte, dass die Privatisierung der staatlichen Elektrizitätsfirma ermöglichte, sondern auch ein solches PPA-Abkommen.

Eine aberwitzige Praxis: dank der Abnahmegarantien können die neu entstehenden Unternehmen sorglos am Markt vorbeiwirtschaften. Eine erhöhte Effizienz, das eigentliche Ziel der Privatisierungen, ist so mehr als unwahrscheinlich.

Ähnliches passiert im Wassersektor: für die Privatisierung in Ghana sieht ein Plan von IWF und Weltbank vor, dass die Investoren nicht das ganze Wassergeschäft übernehmen, sondern sich mit den städtischen Gebieten die Filetstücke herausgreifen, an denen Geld zu verdienen ist – der Staat bleibt auf der kostenintensiven Versorgung der ländlichen Bevölkerung sitzen.

- **Strukturanpassung unterhöhlt demokratische Entscheidungen:**

„Ich halte es für sehr wichtig, dass Länder, die ein Programm mit dem IWF vereinbaren, von sich aus Reformen bejahen.“

[Horst Köhler in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag, 02. April 2001]

Während es schon die traurige Regel ist, dass die Auflagen des IWF die Handlungsspielräume von Staaten massiv einschränken, erzwingen die Finanzinstitutionen immer wieder die Durchsetzung ihrer Politik gegen die ausdrückliche Ablehnung der Parlamente: in Nicaragua

etwa gehört zu den Abmachungen im Rahmen von HIPC die Privatisierung der staatlichen Wasserelektrizitätsfirma, obwohl das Parlament des Landes das im August 2002 in einem Gesetz untersagt hat.

Auch im bereits erwähnten Sambia hatte das Parlament im Dezember 2002 die Regierung aufgefordert, die Privatisierung der staatlichen Bank zurückzunehmen, mit Erfolg. Bis der IWF drohte, den schon zugesagten Schuldenerlass von 1 Milliarde Dollar ebenfalls zurückzunehmen – kurze darauf setzte die Regierung die Privatisierung fort.

Staateninsolvenzrecht: ein Schritt vor und zwei zurück

„Der Vorschlag eines neuen; souveränen Umschuldungsverfahrens (Sovereign Debt Restructuring Mechanism, SDRM) von Ann Krueger und dem Fonds ist aus meiner Sicht umsichtig und kann eine problematische Lücke der momentanen Krisenpolitik schließen; es ist noch weitere Arbeit daran nötig, aber ich hoffe, dass wir bis zum Jahrestreffen im Herbst zu einem breiten Konsens zu SDRM kommen.“

[Horst Köhler bei einer Konferenz der Bank of England am 05. Juli 2002]

Aus der Zivilgesellschaft gibt es nicht zuletzt auf Grund der verheerenden Wirkung von Strukturanpassung und Schuldenreduktion unter HIPC schon lange die Forderung nach einem ordentlichen Insolvenzverfahren, das überschuldete Staaten vor der Willkür der Gläubigerstaaten schützt. Hauptziele eines solchen Verfahrens: mehr Mitspracherechte für den Schuldner, Mindeststandards für die Versorgung der Bevölkerung. Bisher laufen Entschuldungen, die nicht unter das HIPC-Programm fallen, im Rahmen des Pariser Clubs ab.

Pariser Club: Entschuldung mit harten Bedingungen

In der exklusiven Runde des Pariser Clubs kommen die Staaten zusammen, die die meisten Kredite vergeben. Hinter verschlossenen Türen handeln sie mit dem überschuldeten Land einen Schuldenerlass aus, der eigentlich ein Diktat der Gläubiger ist. Das Ergebnis ist nicht selten eine Vereinbarung, mit der die Schuldnerländer für Jahre an die Kette gelegt werden.

Mit dem Vorschlag für ein Sovereign Debt Restructuring Mechanism (SDRM) der damaligen Vizepräsidentin Ann Krueger schien 2002 auch Bewegung in den IWF zu kommen. Das SDRM entsprach zwar bei weitem nicht den Forderungen der Zivilgesellschaft, weil wichtige Aspekte fehlten: die Gleichbehandlung von Gläubigern und Schuldner, eine Analyse der Ursachen der Verschuldung, um eine Wiederholung zu vermeiden, die Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung wie Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Bildung bei der Berechnung des Schuldenerlasses und die Beteiligung der Bevölkerung am

Verfahren. Aber der Vorschlag weckte zumindest die Hoffnung, dass damit ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung getan sei.

Während die Europäer das Verfahren unterstützen, zeigten sich die USA von vorneherein skeptisch, gaben ihren Widerstand aber zeitweise auf. Auf der Frühjahrstagung 2003 des Fonds versetzten die USA dem Verfahren dann aber doch den Todesstoß, weil es nicht umsetzbar sei. Allen Versprechungen – auch denen Horst Köhlers – zum Trotz ist damit wieder alles beim alten.

Keine Lösung von Schuldenkrisen – der Fall Argentinien

Argentinien ist das Paradebeispiel dafür, dass ein geregeltes Insolvenzverfahren ab einem gewissen Schuldenstand weitaus sinnvoller ist als eine Verlängerung der Leidenszeit durch immer neue Kredite – die Zeche für eine solche Politik des Aussitzens zahlt, und auch dafür ist Argentinien ein Musterbeispiel, in der Regel die Bevölkerung.

Argentinien galt als Musterschüler des IWF: Das Land öffnete und liberalisierte auf Anraten des Fonds seine Finanzmärkte, privatisierte innerhalb weniger Jahre 90 Prozent seiner Staatsunternehmen und wurde so zum Modell für neoliberale Entwicklungspolitik, nach deren Kalkül Entwicklung sich durch Verschuldung finanzieren lässt. Dennoch, oder gerade deshalb, sank es von einem wohlhabenden Land zum wirtschaftlichen Krisenherd ab.

Die Verschuldung Argentiniens nahm in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre massiv zu. Die Anbindung der eigenen Währung an den Dollar lähmte die Exporte und zwang das Land, immer neue Kredite aus dem Ausland aufzunehmen, bis dies am Ende des Jahrzehnts durch eine gesunkene Kreditwürdigkeit erschwert wurde.

Mit mehreren Rettungsaktionen versuchte der Fonds, zusammen mit anderen Institutionen, ab 2000 noch einmal, die Zder Schuldenkrise und das Einfrieren der Bankkonten traf vor allem die Armen und die Arbeitnehlfähigkeit Argentiniens aufrecht zu erhalten. Da aber im gleichen Maße, wie die Hilfspakete Geld ins Land brachten, privates Kapital aus Argentinien abgezogen wurde, zog die Regierung schließlich 2001 die Notbremse, fror die Bankkonten ein und stellte die Zahlungen an das Ausland ein. Erst jetzt wurde zuerst die einheimische Währung gegenüber dem Dollar abgewertet und schließlich die Fixierung ganz aufgehoben.

Die Wirtschaftskrise in Folge der Schuldenkrise und auch das Einfrieren der Bankkonten traf vor allem die Armen und die Arbeitnehmer, Armut und Arbeitslosigkeit stiegen dramatisch an, Armut und Arbeitslosigkeit stiegen dramatisch an. Die Gläubiger hingegen wurden lange Zeit auch mit den IWF-Krediten bedient. Mitverantwortlich für das Ausmaß der Wirtschaftskrise ist der IWF, der noch viel zu lange an einen Aufschwung in Argentinien und die Lösung der Schuldenkrise geglaubt hat:

„Ich bin daher optimistisch, dass diese entschlossenen Maßnahmen in die richtige Richtung gehen und sich letztlich für die Menschen auszahlen werden.“

[Horst Köhler zu Schuldenkrise in Argentinien, 25. Mai 2000]

Der IWF hätte bereits viel früher die Notbremse ziehen müssen, anstatt mit immer weiteren Krediten das Land konstant kurz vor dem Kollaps zu halten. Dafür mussten sich Köhler und sein Team auch harsche Kritik aus den eigenen Reihen gefallen lassen. Michael Mussa, langjähriger IWF-Chefvolkswirt, trat in der Krisenzeit aus Verärgerung über die Freigabe eines weiteren Kredits zurück und nannte die Entscheidung später „die schlimmste, die der Währungsfonds je getroffen hat“.

In den vergangenen Monaten befindet sich Argentinien in einem verhaltenen Aufschwung; bezeichnenderweise, nachdem die Regierung Kirchner mit einer harten Haltung einen großen Teil seiner Interessen gegenüber dem IWF durchgesetzt hat.



„IWF und O'Neill raus aus Argentinien“: Widerstand gegen die Einflussnahme von Fonds und US-Finanzministerium (Quelle: indymedia)

Entscheidungsstrukturen des IWF und der Einfluss des Direktors

Es wäre aber falsch, die zahlreichen Fehler und unsozialen Entscheidungen des IWF alleine Horst Köhler anzulasten. Denn mit dem Titel „Geschäftsführender Direktor“ ist er zwar der höchste Angestellte des Fonds und steht an der Spitze von über 3.000 Mitarbeitern. Aber wenn es um Entscheidungen geht, ist er eher ein zahnloser Tiger, denn diese trifft das Exekutivdirektorium.

Dadurch wird der IWF zum Machtinstrument der einflussreichsten Staaten, denn die Exekutivdirektoren sind de facto direkt den Anweisungen ihrer Regierungen unterstellt;

Kompetenzen des Direktor und des Executive Boards

Der **Geschäftsführende Direktor** leitet zwar die Geschäfte und führt den Mitarbeiterstab. Dabei ist er aber immer an Weisungen des **Executive Board** gebunden, das aus 24 Exekutivdirektoren besteht; die fünf finanzstärksten Länder (auch Deutschland) haben einen eigenen Direktor, die übrigen müssen sich zu mehreren einen teilen. Entscheidungen werden mit 85 Prozent der Stimmanteile getroffen – diese aber, und das ist entscheidend, berechnen sich nach den Einzahlungsquoten und damit nach der wirtschaftlichen Stärke der Staaten. Während Panama und Liberia auf jeweils 0,5 kommen, haben die USA einen Quotienten von 2750.

durch die Stimmrechtsverteilung können die USA, EU und Japan gemeinsam Entscheidungen wesentlich beeinflussen. Die USA alleine haben genauso wie die EU-Staaten gemeinsam eine Vetoposition, die Entwicklungsländer haben auch dann kaum Macht, wenn sie sich in großen Koalitionen zusammen schließen.

Horst Köhler deshalb vollkommen aus der Schusslinie zu nehmen, wäre aber ebenso unangebracht. So wenig er die Ausrichtung der IWF-Politik grundlegend verändern konnte oder wollte, so sehr hat er sich um Imagepflege bemüht und die knallharte Linie des Fonds in rosarote Rhetorik getaucht. Ob Armutsbekämpfung oder Partizipation der

Armen, für salbungsvolle Worte war der IWF-Chef immer zu haben:

“Ich habe öffentlich betont, dass der Kampf gegen die Armut die wichtigste Aufgabe des 21. Jahrhunderts ist.”

[Horst Köhler bei einer Konferenz zu PRSP in Washington, 17. Januar 2002]

Damit hat Köhler dazu beigetragen, eine höchst problematische Politik zu legitimieren.

Wie weiter mit dem IWF? Das Demokratiedefizit angehen

Deshalb ist bei der Suche nach einem Nachfolger Köhler, die derzeit vor allem von Seiten der Schwellen- und Entwicklungsländer heftig debattiert wird, auch weniger die Person entscheidend. Ein Süd-Vertreter als IWF-Chef würde nicht schlagartig alle strukturellen Probleme lösen; und auch aus einem Entwicklungsland ließe sich ein Kandidat finden, der den Europäern und Amerikanern nach dem Mund redet.

Bedeutender ist der Prozess, der symptomatisch für die Vorgänge in den internationalen Finanzinstitutionen ist. Europäer und Amerikaner betrachten IWF und Weltbank als eine Art Eigentum, mit dem sie schalten und walten können, wie sie wollen. In den 60 Jahren seit Gründung hatte immer ein Europäer den Chefposten des IWF inne, der Weltbank stand immer ein US-Amerikaner vor – obwohl mittlerweile beim IWF 184 Länder Mitglied sind. Gerhard Schröder ließ gerade lapidar mitteilen, dass das Vorrecht der Europäer nun mal Tradition sei – da fehlte nur noch das „Basta“!

Problematisch ist, dass diese Form der „Tradition“ auch bei allen anderen Entscheidungen in und um die Finanzinstitutionen gepflegt wird: die großen Industrieländer haben in den entscheidenden Gremien eine erdrückende Übermacht. Diese drückt sich auch im Personal von Weltbank und IWF aus: wer nicht aus den USA oder Europa kommt, hat zumindest dort an der Universität gelernt. Daher sind alle Entscheidungen der Institutionen von den entsprechenden Weltbildern geprägt – und gehen so meist vollkommen an der Realität der Entwicklungsländer vorbei. Und das obwohl fast ausschließlich die Schwellen- und Entwicklungsländer von der Politik der beiden Institutionen betroffen sind.

Vorschläge für die längst überfällige Reform der Entscheidungsstrukturen liegen auf dem Tisch: eine bessere Verteilung der Stimmrechte gehört genauso dazu wie mehr Personal aus den Entwicklungsländern in den Institutionen und eine bessere Zusammenarbeit von IWF und Weltbank mit lokalen Organisationen. Zudem müssten Länder bei Entscheidungen, die sie betreffen, ein substantielles Mitspracherecht bekommen, und nicht nur zum Schein mit einbezogen werden wie im Rahmen von HIPC.

Die deutsche Regierung hat unter Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul einen Vorstoß für die Reform der Entscheidungsstrukturen in der Weltbank gemacht, der sich auch auf den IWF übertragen ließe (Unterstützung lokaler Kapazitäten und verstärkte Zusammenarbeit mit diesen; Veränderung der Entscheidungsstrukturen, mehr Einfluss der Entwicklungsländer u.a. durch eine doppelte Mehrheit; eine deutliche Kritik an den Institutionen ist die Forderung nach mehr Akzeptanz von alternativen Politikkonzepten und nach einer ernst gemeinten ownership); vom Bundesfinanzministerium, das in Deutschland für den Fonds verantwortlich ist, gibt es bis jetzt keinerlei Bestrebungen dieser Art.

Der deutsche Vorschlag in der Weltbank wurde, wie viele andere, hauptsächlich von den USA zurück gewiesen. Dass aber auch die Europäer und ebenso die Bundesregierung nur halbherzig eine Demokratisierung der Institutionen unterstützen, zeigen die Kungeleien bei der Suche nach einem neuen IWF-Direktor. Obwohl sich 13 von 24 IWF-Direktoren für mehr

Offenheit und eine Beteiligung aller 184 Mitgliedsländer ausgesprochen haben, und sich gerade über 100 Entwicklungsländer, plus Schweiz, Australien und Russland, in einem Brief gegen das Diktat der Europäer gewehrt haben, kommen diese gar nicht auf die Idee, ihre Praxis zu überdenken. Bundesfinanzminister Hans Eichel bekräftigte noch einmal, dass es gute Gründe gebe, wieder einen Europäer zu wählen.

Köhler und Deutschland: Primat der Sachzwänge?

Ein Bundespräsident Horst Köhler dürfte auch für die deutsche Politik nicht ohne Folgen bleiben. Für den Fall seiner Wahl scheint er seine Paraderolle bereits gefunden zu haben: als „internationaler Finanzfachmann“ könnte er dafür sorgen, die jetzt schon dominierenden neo-liberalen Paradigma noch fester zu institutionalisieren und mit Verweis auf die nicht zu verändernden Sachzwänge der Globalisierung den sozialen Kahlschlag weiter vorantreiben. Kaum dass er nominiert war, lobte er Gerhard Schröder für die Agenda 2010, mit der dieser die Axt an die Sozialsysteme anlegt, und ermunterte ihn, mit dieser Politik fortzufahren.

Auch die Konsultationen, mit denen der IWF in Köhlers Amtszeit die deutsche Wirtschaftspolitik beurteilt hat, lassen Böses ahnen: der Fonds lobt ausdrücklich die „Reform“ Schröders zur Verschlechterung der Situation der Arbeitslosen. Mehr noch: er forderte, zusätzlich die Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme zu verschärfen und die Kündigungsschutzregeln weiter auszuhöhlen.

weed setzt sich ein für die Globalisierung von Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechten und ökologischer Zukunftsfähigkeit. Dies erfordert eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die grundlegende Veränderung internationaler Institutionen wie IWF, Weltbank, WTO und eine Demokratisierung unserer Weltordnung.

weed steht für:

- klare Analysen weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen
- demokratische Gestaltung der Globalisierung
- Kampagnen und Engagement in politischen Netzwerken

weed: Torstraße 154; 10115 Berlin

Tel.: + 49 (0)30-275 82 163 Fax: + 49 (0)30-275 96 928

e-mail: weed@weed-online.org Homepage: www.weed-online.org

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 3220600